

AUSSENPOLITIK

BRD

(1) Rolf Pauls - erster Botschafter in der VRCh?

„Der Spiegel“ (8.1.73) meldete, daß Rolf Pauls bereits zum ersten Botschafter Bonn in Peking bestimmt sei. Dazu wollte das Auswärtige Amt aber keine Stellung nehmen, weil eine Stellungnahme zur Ernennung eines Botschafters vor der entsprechenden Vereinbarung mit dem Partnerstaat nicht üblich sei (FAZ 9.1.73). Pauls hatte als erster deutscher Botschafter in Israel unter besonders schwierigen Umständen eine Verbesserung der schwer belasteten Beziehungen erreicht. Seit 1969 ist er Botschafter in Washington. Ferner soll laut Bericht des „Spiegel“ Ministerialdirektor Berndt von Staden, der bisherige Leiter der Ersten Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, anstelle von Pauls nach Washington gehen. Als von Stadens Nachfolger gelte der Leiter der Überseeabteilung, Günther van Well.

Im Zusammenhang mit der Verbesserung der Bonner Beziehungen mit Peking hat gemäß „Die Welt“ (29.1.73) das Auswärtige Amt kürzlich noch mit sofortiger Wirkung alle Dienstreisen seiner Beamten nach Taiwan grundsätzlich untersagt. Aus einem Erlaß von Staatssekretär Paul Frank geht hervor, daß die Bundesregierung „den Alleinvertretungsanspruch Pekings“ zu „respektieren“ gewillt ist. Für amtliche Kontakte zur Regierung von Taipei sei kein Raum. Scheel habe, wie es in dem Erlaß heißt, das der chinesischen Seite ausdrücklich versichert“. (vgl. C.a. 72/10 - Ü 3)

(2) Neues Domizil für die Botschaft in Peking

Seit dem 21. Januar ist die neu gegründete Botschaft der BRD aus ihrem bisherigen Hoteldomizil in ein Bürohaus des Diplomatenviertels San Li Tun in Peking umgezogen. Das neue Domizil bleibt bis zur Errichtung des endgültigen Botschaftsgebäudes Amtssitz der deutschen Botschaft. Mit der räumlichen Erweiterung wird sich auch der bisher nur sechsköpfige Arbeitsstab vergrößern. Der erste Wirtschaftsreferent, Toby Tafel, trifft in Kürze in Peking ein. (FAZ 23.1.73).

WESTEUROPA

(3) EWG : Hsinhua berichtet über Erweiterung

In einem ausführlichen Artikel begrüßt Hsinhua die Erweiterung der EWG von 6 auf 9 Mitglieder, die mit dem ersten Januar 1973 wirksam wurde. Wenn einige Presseorgane (z. B. Die Welt, 6. Jan.) hervorheben, daß es sich hier um eine erste offizielle Stellungnahme handelt, so ist dies nicht richtig. Schon früher hatte es häufig entsprechende Meldungen gegeben (vgl. z. B. C.a. 72/5 - Ü 2; 72/8 - Ü 4). Niemals, freilich, hatte die chinesische Presse in dieser Deutlichkeit die EWG als Gegengewicht zu den Supermächten herausgestrichen, wie es diesmal geschehen ist (NCNA 5.1.73). Die beiden Supermächte seien bisher in einen gefährlichen Machtkampf verwickelt gewesen. Was hätte Westeuropa unter diesen Umständen Vernünftigeres tun können, als das Gleichgewicht zu seinen Gunsten zu verschieben, indem

es seine Ressourcen zusammenlegt und Stärke in der Einheit sucht ?

Außenminister Chi P'eng-fei schlug in seiner Rede beim Bankett zugunsten des italienischen Außenministers denselben Ton an: „Wir haben unter den westeuropäischen Ländern eine steigende Tendenz der Einigung zur Stärkung ihrer Unabhängigkeit und eine wachsende Wachsamkeit vonseiten der Völker Europas gegen die Taktiken gewisser Kräfte festgestellt. Das ist - wie wir glauben - ein positiver Trend. Wir hegen große Sympathie mit den europäischen Völkern und unterstützen sie in ihren Bemühungen, ihre Unabhängigkeit und Souveränität zu verteidigen und den Frieden und die Sicherheit Europas zu gewährleisten (NCNA 7.1.73)

(4) EWG und NATO: UdSSR verurteilt Kommentare der VRCh

Chinas positive Einstellung zur EWG und die sich wandelnde Stellungnahme zur NATO (Vgl. C.a. 72/12-Ü4) ist nun das Ziel von Angriffen aus der Sowjetunion und aus Osteuropa. Die Komsomolskaja Prawda (10.1.73) kritisiert, daß „die Führer der VR China Washington zur Erhaltung und sogar zur Verstärkung der Positionen des amerikanischen Imperialismus in Europa aufrufen und dafür eintreten, daß Westeuropa weiterhin unter dem Nuklearschirm der Vereinigten Staaten bleibt“. Peking messe dem NATO-Block große Wichtigkeit bei und billige die Pläne Englands, im Rahmen des Gemeinsamen Marktes eine europäische Verteidigungsgemeinschaft und vereinigte europäische Nuklearstreitkräfte zu schaffen, alles unter der Ägide des aggressiven imperialistischen Nordatlantik-Blocks (ADN 8.1.73). In der DDR-Presse erschien ein Zitat des Daily Telegraph, nach dem „China dem Block der NATO und der EWG sehr große Wichtigkeit beimißt und sie als gegen die Russen gerichtete Bollwerke des Westens betrachtet“. Auch die sowjetische außenpolitische Wochenzeitschrift Neue Zeit hat am 11.1. diese Polemik fortgesetzt (NZZ 13.1.). Von sowjetischer Seite wird vor allem kritisiert, daß Peking versuche, die Vorbereitungen zur Gesamteuropäischen Konferenz in Helsinki zu stören und die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zum angesetzten Termin zu verhindern. Aus Kreisen der italienischen Delegation in die VRCh unter Führung von Außenminister Medici verlautete in diesem Zusammenhang, Peking sei nicht gegen eine Europäische Sicherheitskonferenz an sich, es warne nur vor einer übereilten Konferenz, die zu keinen klaren Resultaten führen würde. Gewinner wäre sonst nur Moskau, das einerseits die nationalistischen Bestrebungen Osteuropas unterdrücken und andererseits den weiteren Zusammenschluß Westeuropas bremsen werde. (Welt 12.1.)

(5) NATO gegen Angreifer aus dem Osten gerichtet

Hsinhua (23.1.) berichtet positiv über die dreiwöchigen See-Manöver der NATO sowie über die großangelegten Militärübungen, die unter dem Namen „Reforger IV“ seit dem 9. Jan. in Südwestdeutschland stattfanden und an der über 40.000 amerikanische, kanadische und westdeutsche Soldaten teilnahmen. Ziel dieser Übung sei es, wie in der sachlichen Schilderung mitgeteilt wird, „Angreifer aus dem

Osten zurückzuschlagen".

(6) Frankreich: Pompidou nach Peking

Am 31. Januar hat die französische Regierung offiziell mitgeteilt, daß Staatspräsident Pompidou Mitte September die VRCh für mehrere Tage besuchen werde. Er folge einer Einladung des amtierenden chinesischen Staatsvorsitzenden Tung Pi-wu und des Ministerpräsidenten Chou En-lai. Dies wäre der erste Besuch eines westeuropäischen Staatsoberhauptes in der VR China (dpa/AFP 31.1.73).

(7) Italien: Außenminister Medici vom 6. - 12. Januar in der VRCh

Nach der Anerkennung der Volksrepublik durch Italien am 6. Nov. 1970 haben bereits Außenhandelsminister Zagari und sein Nachfolger Matteotti sowie der Minister für Handelsschifffahrt, Lupis, Peking besucht. Ein Handelsabkommen und ein Schifffahrtsabkommen wurden bei dieser Gelegenheit unterzeichnet. In Peking fand ferner eine italienische Industrieausstellung statt, die die Chinesen mit einer ähnlichen Ausstellung in Rom beantworteten. Auch auf kulturellem Gebiet wurde bereits ein lebhafter Austausch zwischen beiden Ländern eingeleitet.

Am 8.1. hat nunmehr der italienische Außenminister Giuseppe Medici ein italienisch-chinesisches Luftfahrtabkommen unterzeichnet, das anscheinend der Alitalia das Anfliegen von Peking und Shanghai ermöglicht und der chinesischen Luftfahrtsgesellschaft Landrechte in Rom und Mailand einräumt. Damit wäre Alitalia die erste westliche Fluggesellschaft, die eine Linie direkt nach Peking hat.

(8) Schweiz: Joachim Schickels China-Bericht in der Schweiz gesendet

Die ursprünglich als abgesetzt gemeldete Serie von Joachim Schickel im Schweizer Fernsehen (vgl. Ca. 72/10 - Ü 5) wird nun doch gesendet werden. Sie umfaßt 10 Sendungen und wird zwischen dem 15.1. und 9.4.73 ausgestrahlt.

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(9) Sino-sowjetische Polemik um Westberlin

Chinas Kurskorrektur anläßlich der Paraphierung des ersten Handelsvertrages zwischen der BRD und der VRCh in der Westberlin-Frage ("entsprechend der tatsächlichen Lage" wird Westberlin in den Anwendungsbereich des Vertrages einbezogen, C.a. 72/12 - Ü 1) hat ein Nachspiel im sino-sowjetischen Ätherkrieg. Radio 'Frieden und Fortschritt' hält der Volksrepublik in chinesischer Sprache vor, man habe noch vor kurzem das Viermächteabkommen über Westberlin heftig angegriffen und es als einen Verrat bezeichnet. Damals habe es geheißt, daß die Unterzeichnung dieses Abkommens durch die Sowjetunion einem Ausverkauf der Souveränität der DDR gleichkomme. "Die chinesischen Führer, die vor einiger Zeit um einen Ausverkauf der Souveränität der DDR Geschrei erhoben haben, unterstützen jetzt die reaktionären Kräfte, indem sie anerkennen, daß Westberlin zu Westdeutschland gehört" (Monitor 22.1.73) (Zum Verh. UdSSR - VRCh vgl. auch in diesem Heft Ü 16).

NORDAMERIKA

(10) Delegation des US-Komitees für die Beziehungen mit der VRCh

Eine 14-Mann-Delegation unter Leitung des bekannten China-Wirtschaftssachverständigen, Prof. Alexander Eckstein, reiste im Auftrag des National Committee on United States Relations with China (Sitz in New York) einen Monat lang in der VRCh und kehrte Anfang Januar in die USA zurück.

Die Chinesen seien an einer schrittweisen Ansdehnung der gegenseitigen Kontakte interessiert, doch stelle die amerikanische Einmischung in Vietnam und Taiwan ein ernsthaftes Hindernis für weitere Schritte dar (IHT 8. Jan.).

Gespräche über die Anknüpfung weiterer Verbindungen zwischen Amerikanern und Chinesen laufen derweilen in Paris weiter. Entscheidende Ergebnisse sind in letzter Zeit aber nicht bekanntgegeben worden.

LATEINAMERIKA

(11) Karibische Vereinigung für Freihandel

Die Karibische Vereinigung für Freihandel, der 12 Mitgliedsstaaten angehören (Antigua, Barbados, Belize = Britisch Honduras, Dominikanische Republik, Grenada, Guayana, Jamaika, Montserrat, St. Christopher-Nevis-Anguilla, St. Lucia, St. Vincent sowie Trinidad und Tobago), hat auf ihrer Konferenz Mitte Dezember in der guayanischen Hauptstadt Georgetown beschlossen, ihr Gebiet ab 1. Mai 1973 zu einem gemeinsamen Markt auszubauen, der finanzielle Maßnahmen koordinieren soll und einen gleichen Zolltarif für Außenhandel festlegen sowie eine gemeinsame Schutzpolitik verfolgen wird. China unterstützt diesen Plan, da er ja letzten Endes gegen den amerikanischen "Imperialismus" gerichtet ist. (PRu 1972, Nr. 52, S. 19)

AFRIKA

(12) Guinea - Bissau: Unterstützung der Unabhängigkeitsbewegung

Trotz der globalen Interessenpolitik, die China seit Monaten betreibt, hat es sich doch noch einige Reservate für Aktionen revolutionärer Art vorbehalten. Unter anderem unterstützt es nach wie vor die afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen. Mit Zustimmung wird vermerkt, daß es noch nie so viele Aktionen gegen die portugiesischen Kolonialtruppen in Guinea-Bissau gegeben habe, wie im November 1972. (PRu 1972, Nr. 52, S. 17)

(13) Südafrika: Verhandlungen mit dem Sicherheitsrat

Anfang Dezember diskutierte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen über die Situation in Südafrika (von den Chinesen immer als "Namibia" bezeichnet!). Es ging um die Frage, ob ein Vertreter des Generalsekretärs mit den südafri-

kanischen Behörden wegen der Lösung des Rassenproblems weiterhin im "Dialog" bleiben solle.

Die VRCh nahm an dieser Abstimmung nicht teil, doch gab ihr Vertreter Huang Hua zu bedenken: Die "Okkupation von Namibia" sei "illegal", und die Behörden von Südafrika hätten deshalb sofort all ihre Militär- und Polizeitruppen zurückziehen sowie ihre Verwaltung aufzulösen. Wenn der südafrikanische Premierminister statt dessen fordere, daß zunächst einmal die Voraussetzungen der Selbstverwaltung unter den Schwarzen geschaffen werden müßten, so gehe es ihm doch offensichtlich nur um Fortsetzung der "Bantustan"- (also Apartheid-) politik des Trennens und Herrschens. Ein "Dialog" mit südafrikanischen Behörden sei dazu angetan, innerhalb und außerhalb der UNO Verwirrung zu schaffen. Er werde von den südafrikanischen Behörden dazu benutzt, sich aus ihrer politischen Isolierung zu befreien und ihre Verurteilung durch die Völker aller Welt abzuschwächen. Er habe sich ungünstig auf den Befreiungskampf des namibianischen Volkes ausgewirkt. Außerdem werde das rassistische Regime durch einen solchen Dialog de facto anerkannt (PRu, No. 50, S. 7 f.).

(14) Zambia droht mit Chinesen

In der Krise zwischen Rhodesien und Zambia, die sich an Guerilla-Aktionen vom zambischen Territorium in das nördliche Grenzgebiet Rhodesien entzündete, die nach dem 9.1.73 von rhodesischer Seite zur Schließung der Grenze, der Blockierung von Zambias billigster Außenhandelsroute und einem regelrechten Wirtschaftskrieg führte, hat die Presse Zambias mit chinesischer Hilfe gedroht. Die von der Regierung herausgegebene "Zambia Daily Mail" schlug vor, "unsere chinesischen Genossen" um Verdoppelung der Zahl der die Eisenbahnlinie von Tansania nach Zambia bauenden (rd. 18.000) chinesischen Arbeiter zu bitten. "Wie wir sie dann nach Vollendung der Eisenbahn bei der Verteidigung unserer Nation verwenden, ist unsere eigene Angelegenheit." (NZZ 17.1.).

Zambias Präsident Kaunda hat zu verstehen gegeben, daß die afrikanischen Befreiungsbewegungen auch weiterhin der zambischen Unterstützung sicher sein könnten. Die VRCh hat Rhodesien wegen der Schließung der Grenzen zum benachbarten Zambia am 14.1. scharf verurteilt. In einem Kommentar der Volkszeitung, der über den Rundfunk verbreitet wurde, hieß es, Rhodesiens Schritt sei eine Erpressung und Provokation gegen alle afrikanischen Völker. Die zambischen Gegenmaßnahmen werden gutgeheißen und chinesische Hilfe für die Regierung in Lusaka zugesagt (Welt 15.1.73).

(15) Zaire: Staatsbesuch Mobutus in Peking

Mit zu den bemerkenswertesten Blitzerfolgen, die die VRCh während der letzten Jahre in Afrika erzielen konnte, gehört die neue Freundschaft Zaires. Die Republik Zaire, der Nachfolgestaat von Kongo-Kinshasa, und die Volksrepublik haben am 24. November diplomatische Beziehungen aufgenommen (C.a. 72/11 - Ü 23). Gleichzeitig hat Zaire seine bisher so herzlichen Beziehungen zu Taiwan brüsk abgebrochen. Noch im Sommer 1972 waren zum Anlaß des Geburtstages von Chiang Kai-shek Sonderbeilagen der Zeitungen mit Lobeshymnen auf Taiwan erschienen. Im November

aber mußten die rd. 300 in Zaire stationierten nationalchinesischen Diplomaten und Entwicklungshelfer innerhalb weniger Tage das Land verlassen.

Um die neue Freundschaft auch gebührend zu unterstreichen, hat Präsident Mobutu vom 10. - 20. Januar der VRCh einen Staatsbesuch abgestattet. Da Zaire flächenmäßig das größte Land Afrikas ist, sprach die Presse des Landes im Zusammenhang mit der China-Reise Mobutus als von einem "Treffen der Staatsmänner der größten Länder Asiens und Schwarzafrikas" und nannte Mobutus Begegnung mit Mao "eine Gelegenheit, bei der zwei große Führer sich wechselseitig kennenlernen".

Mobutu ist für China in der Tat höchst interessant. Seine Versuche, sich zum Führer Schwarzafrikas aufzuschwingen, sind in den letzten Jahren erfolgreich gewesen. Er söhnte sich mit dem Nachbarn Kongo-Brazzaville aus, machte sich zum Freund des mit China seit Jahren in engen Verbindungen stehenden Sékou Touré von Guinea, vermittelte im Territorialstreit zwischen Gabun und Äquatorial-Guinea, versuchte - allerdings vergeblich - die Aussöhnung zwischen Tansania und Uganda herbeizuführen, und erreichte, daß die beiden angolanischen Befreiungsbewegungen MPLA und FNLA sich zu einer Einheit zusammenschlossen. Mobutu fühlt sich als gewisser Nachfolger der inzwischen verstorbenen oder aber alternden Führergeneration des unabhängigen Afrika, wie Lumumba, Nkrumah, Senghor und Kenyatta. Seine Ideologie der "Authenticité" gilt als eine verbesserte Fortentwicklung der "Negritude" Senghors. Um seine Politik des "pragmatischen, authentischen Nationalismus" fortführen zu können, hat er sich nicht nur mit linksgerichteten Bewegungen wie den afrikanischen Befreiungsfronten zusammengesetzt, sondern im Herbst 1972 auch noch mit der DDR und Nordkorea diplomatische Beziehungen aufgenommen. Die China-Reise ist ein weiterer Höhepunkt in dieser Serie diplomatischer Höhenflüge.

Die neuerwachte Chinaliebe Mobutus ist um so überraschender, als er jahrelang gegen Peking polemisiert hatte, das ja die gegen ihn kämpfenden Rebellen unter Mulele zu favorisieren versuchte (NZZ 10.1.73).

Nachdem Chinas Politik bisher im wesentlichen nur in Ost- und Westafrika von Erfolg gekrönt war, wäre damit auch eine starke strategische Basis in Zentralafrika gewonnen.

In Peking wurde zwischen beiden Regierungen ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit sowie ein Handelsabkommen unterzeichnet (dazu NCNA 20.1.). Mobutu konnte am 13.1. mit dem Parteivorsitzenden Mao Tse-tung persönlich in Chungnanhai zusammentreffen (NCNA 13.1.).

(16) UdSSR kritisiert chinesische Wirtschaftshilfe in Afrika

Mit welcher Härte die chinesisch-sowjetischen Auseinandersetzungen in Teilen der Dritten Welt geführt werden, beweist eine Sendung des Moskauer "Radio Frieden und Fortschritt" in einer Portugiesisch-Sendung für Afrika vom 26.12. Die Chinesen gewährten den afrikanischen Ländern Kredite vor allem dazu, Absatzmärkte für chinesische Waren zu schaffen. Sie kümmerten sich überhaupt nicht um die Schwerindustrie und lieferten auch kleinen Unternehmungen rückständige

Ausrüstungen. Das Textilkombinat in Kinsundi nahe Brazzaville sei mit veralteten Maschinen ausgerüstet worden, die aus Shanghaier Textilfabriken ausgemustert worden seien. Die Folge: 1 Mio. US \$ Verlust pro Jahr. Woher eigentlich, müsse man ferner fragen, erhalte Peking die Mittel, die es zu so günstigen Bedingungen als Entwicklungsgelder anbiete? Die Antwort sei nicht uninteressant: So dulde China beispielsweise immer noch den Kolonialbesitz ausländischer Mächte in Hong Kong und Macao. Auch treibe es mit Hilfe von Mittelsmännern großangelegte Geschäfte mit den reaktionären Regimes von Rhodesien, der Südafrikanischen Republik und Portugal. Dabei würden diesen Ländern nicht nur Konsumgüter, sondern auch Waffen geliefert - und dies trotz der wohlbekanntesten Beschlüsse der UNO, in denen die Empfehlung ausgesprochen ist, jeglichen Handel mit den Rassisten einzustellen. China werfe auch große Mengen von Narkotika auf der Basis von Heroin illegal über Hong Kong und Macao auf die Schwarzmärkte der ganzen Welt. Dieser verbrecherische Handel bringe Peking jedes Jahr Hunderte von Dollarmillionen ein. Die "expansionistische und chauvinistische" Politik der Chinesen habe nichts gemeinsam mit den Aufgaben, an denen die Entwicklungsländer arbeiteten (MD Afrika, 2.1., S.4 f.).

NAHOST

(17) Mittelost-Frage vor der UNO

Huang Hua, der stellvertretende Leiter der chinesischen Delegation, ergriff am 5. Dezember 1972 auf der Plenartagung der UNO-Vollversammlung zur Mittelost-Frage das Wort: Seit einem Vierteljahrhundert diskutiere man nun schon in der UNO die Mittelostfrage. Der Haken an der ganzen Sache sei, daß die beiden Supermächte eine Situation geschaffen hätten, in der - wenn es ihren Wünschen nach ginge - "weder Krieg noch Frieden", sondern eine permanente Pattsituation herrschen sollte.

Die ganze Mittelost-Frage sei in letzter Analyse nichts anderes als das Ergebnis eines seit Jahren andauernden Wettstreits der beiden Supermächte um die Hegemonie im Mittleren Osten.

Das kleine Israel könne es nur deshalb wagen, so anmaßend zu sein und als Tyrann aufzutreten, weil es sich der Unterstützung oder der stillschweigenden Billigung der beiden Supermächte sicher wisse. Dabei steht die Unterstützung der USA außer Zweifel. Viel raffinierter gehe die "andere Supermacht" vor, die sich zwar als Freund der arabischen Völker aufspiele, gleichzeitig aber auf Privilegien und Stützpunkte aus sei. Die Doppeltaktik Moskaus lasse sich etwa folgendermaßen umschreiben: "Ich werde euch Waffen verkaufen, aber ihr dürft sie nicht für den Kampf benutzen; ihr sollt unter keinen Umständen Gegenangriffe gegen Israel vortragen, da dies sonst zu einer amerikanisch-sowjetischen Konfrontation und zum Ausbruch eines Weltkrieges führen würde, der die ganze arabische Nation vernichtete". In Wirklichkeit wollen die Sowjets "die alte zaristische Ambition verwirklichen, das Mittelmeer unter ihre Kontrolle zu bringen und im Mittleren Osten eine Hegemonie zu errichten; sie wollen im Wettstreit mit der anderen Supermacht um die Hegemonie und die Aufteilung der Einflusssphären, der unter dem Aushängeschild eines gerechten und dauerhaften Friedens im Mittleren Osten vor sich geht, ungestört bleiben".

Die Probleme könnten aber nicht von den Supermächten, sondern letztlich nur von den Völkern des Mittleren Ostens selbst gelöst werden. Die 100 Mio. Araber müßten sich auf ihre eigene Kraft verlassen, um den Machenschaften des Imperialismus und des Zionismus entgegenzutreten.

Die Unterstützungsformel Chinas lautet nach alledem: "Die chinesische Regierung und das chinesische Volk vertreten konsequent die Ansicht, daß sich der israelische Zionismus vollständig aus Ägypten, Syrien und von allen anderen durch ihn besetzten Territorien zurückziehen muß, und daß das Recht des palästinensischen Volkes auf Rückkehr in sein Heimatland und auf nationale Existenz wiederhergestellt werden muß" (PRu 1972, Nr.50, S.5-7). Darüber, was aus den Israelis werden soll, hüllt sich Peking allerdings in Schweigen! (vgl. auch "Hat China Chancen in Ägypten?"; C.a. 72/7 -20).

(18) Die konkrete Hilfe der VRCh für die Palästinensische Befreiungsorganisation

Der Leiter der Mission der Palästinensischen Befreiungsorganisation in Peking hat sich in einem Interview zur Haltung der VRCh gegenüber der Palästinensischen Bewegung geäußert. Er stellte fest, daß die Haltung Chinas in der Palästina-Frage eine "unveränderliche und grundsätzliche" sei und durch Pekings Haltung in der UNO zugunsten der Palästinensischen Revolution der Arabischen Revolution mehr Gewicht verliehen, sie einflußreicher und wirksamer gestaltet habe. "Ich möchte an dieser Stelle nachdrücklich bekräftigen, daß sich Chinas Haltung gegenüber der Palästinensischen Revolution zweifellos verändert hat. Die Frage ist jedoch, wie sie sich veränderte". Weiter führte der Leiter der Mission aus, neben der politischen Unterstützung auf internationaler Ebene könne man beim Besuch der Stützpunkte oder der Ausbildungslager der Palästinensischen Revolution feststellen, daß "das Gewehr in China hergestellt ist und der Kämpfer möglicherweise seine Ausbildung in China erhalten hat. Diese Sachverhalte sind kein Geheimnis mehr, sie sind der ganzen Welt bekannt. Außerdem benutzen die palästinensischen Streitkräfte und Kämpfer in Ghaza das chinesische System des Tunnelkrieges. Dieses System haben sie in ihrer Ausbildung in China gelernt" (MD 18.1. nach "Stimme Palästinas").

ASIEN

(19) Kollektives Sicherheitssystem in Asien

Erneut propagiert Moskau seinen Plan für ein kollektives Sicherheitssystem in Asien, der von Breshnjew bereits 1969 angekündigt wurde und der im asiatischen Raum nicht weniger aktuell als im europäischen sei! Der beste Weg zur Sicherheit in Asien führe nicht über Militärblöcke und andere Bündnisse, sondern werde durch gutnachbarliche Zusammenarbeit zwischen allen Staaten eröffnet. Die Prinzipien, auf denen ein solches System beruhen soll, seien die fünf bekannten Grundsätze der friedlichen Koexistenz.

Der sowjetische Vorschlag stehe keineswegs vereinzelt da. Vielmehr gebe es auf Seiten mehrerer asiatischer Staaten bereits ähnliche Denkansätze, z.B.

- den Vorschlag der malaysischen Regierung über eine Neutralisierung Südostasiens,
- den Vorschlag der indischen Regierung (auch der ceylone-

sischen!), den Indischen Ozean zu einer "Zone des Friedens" zu erklären,

- die verschiedenen Vorschläge zur Schaffung kernwaffenfreier Zonen in Asien,
- die Vorstöße der Botschafter Japans in den verschiedenen Ländern in Asien und im Pazifik in Richtung auf die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Asien,
- die friedlichen Ansätze, die sich vor allem zwischen Indien und Pakistan im Zusammenhang mit dem Simla-Abkommen herauskristallisiert hätten,
- die angestrebte Verbesserung des Verhältnisses zwischen der Sowjetunion und Japan.

Die Sowjetunion habe ein reales Interesse an der kollektiven Sicherheit Asiens. Immerhin lägen zwei Drittel ihres Territoriums in Asien, und - was das wichtigste ist: "Die Volksrepublik China hat das Recht, diesem System beizutreten" (TASS 4.1.73, zitiert in MD Asien, 8.1.).

(20) "Friedenszone im Indischen Ozean"

Wieder einmal ist der von Sri Lanka initiierte und von 26 weiteren UNO-Mitgliedsstaaten mit unterstützte Vorschlag "Friedenszone im Indischen Ozean" Diskussionsthema der Vereinten Nationen geworden. Am 5. Dezember wurde ein entsprechender Resolutionsentwurf vom Ersten Ausschuss der UNO-Vollversammlung (für Politik und Sicherheit) mit 72 Stimmen bei 35 Stimmenthaltungen und keiner einzigen Gegenstimme angenommen. Die Sowjetunion, die USA, Portugal und Südafrika enthielten sich der Stimme. China dagegen stellte sich voll hinter den Entwurf. Die Begründung seines Vertreters: Unter dem Aushängeschild der sog. Freiheit der Meere hätten die beiden Supermächte im Indischen Ozean in den letzten Jahren eine immer mehr um sich greifende Kanonenpolitik betrieben. Dieser Kampf um Einflußsphären sei die Hauptursache für die Bedrohung des Friedens und der Sicherheit im Indischen Ozean. Der Raum dieses Ozeans gehöre jedoch den Völkern und Ländern in dieser Zone, und nur diese könnten über das weitere Schicksal des Gebiets entscheiden (PRu 1972, Nr. 50, S. 8f.).

(21) Hong Kong: Sowjetische Spionagetätigkeit

Im Sommer vergangenen Jahres wies die Regierung der Kronkolonie Hong Kong die Bitte einer sowjetischen Flotte von 23 Fischereifahrzeugen mit einer Besatzung von insgesamt mehreren hundert Seeleuten ab, sich längere Zeit in der internationalen und freien Hafenstadt aufhalten zu dürfen. Diese Ablehnung war vermutlich aus Angst vor einer Flut sowjetischer Spionagetätigkeit erfolgt, die zu einer Beeinträchtigung des Verhältnisses zwischen Hong Kong und der VRCh führen könnte (vgl. dazu C.a. 72/6-Ü7) Zu den Bemühungen der Sowjetrussen, in der Kronkolonie ein Spionagenetz aufzubauen, veröffentlicht die Hongkonger Zeitschrift "Ch'i-shih nien-tai" ("Die siebziger Jahre"), ein pekingfreundliches Monatsblatt, in ihrer Ausgabe vom Januar 1973 einen ausführlichen Bericht. Nach dem Artikel stammt das Interesse Moskaus an Hong Kong als einer Geheimdienststation schon aus der Zeit, als Anfang der sechziger Jahre die Spaltung zwischen Peking und Moskau begann. Zunächst habe Moskau bei der britischen Regierung sondiert, ob es etwa in Hong Kong eine ständige Handelskommission errichten könnte. Nachdem dies abgelehnt worden sei, hätten die Sowjets im Laufe der sechziger Jahre nacheinander den Engländern noch

verschiedene andere Wünsche in dieser Hinsicht vorgelegt, darunter die Gründung einer Filiale der sowjetischen Fluggesellschaft sowie einer Zweigstelle der TASS. Sie hätten sich auch dahingehend geäußert, daß die Briten, wenn sie in Hong Kong die Eröffnung eines sowjetischen Konsulats erlauben würden, in der Sowjetunion die gleiche Möglichkeit erhalten würden. Auf all diese Forderungen habe es in London kein positives Echo gegeben.

Da Moskau bei seinem Plan zur Errichtung einer ständigen offiziellen oder halboffiziellen Stelle in Hong Kong immer noch keinen Erfolg gehabt habe, baue es nun eine "bewegliche Station" durch den Kettenbesuch sowjetischer Schiffe im Hafen der Kronkolonie aus. Außerdem gingen die sowjetischen Schiffe nacheinander in die Hongkonger Werften zum Wartungsdienst. Besonders ungewöhnlich sei es, daß die Sowjets nicht auf Beendigung der Reparaturarbeiten drängten, sondern sich absichtlich Zeit ließen. Manche Schiffe seien fünf Monate lang in der Werft geblieben. Auch bestünde die Besatzung keineswegs nur aus einfachen Matrosen. Auf einem Schiff namens "Sowjetsky Sojus", das vom Februar 1971 an drei Monate lang zur Wartung in der Werft von "Butterfield & Swire" gelegen hätte, habe man entdeckt, daß sich der Chinaexperte der Universität Wladiwostok und sogar direkte Angehörige des sowjetischen Geheimdienstes als Matrosen getarnt hätten.

Ferner berichtet die chinesischsprachige Zeitschrift, daß im Juli vergangenen Jahres die Hongkonger Behörden dem sowjetischen Spionagenetz auf die Spur gekommen seien. Zwei sowjetische Seeleute und zwei chinesische Kauffleute seien dabei festgenommen worden. Einer der Sowjets namens "Polichialofu" (phonetische Umschrift für 波力加羅夫) sei eine führende Persönlichkeit des sowjetischen Geheimdienstes gewesen. Der andere, Tsunniyehfu (尊尼耶夫) mit Namen, ein Sowjetchinese, habe sich als Bordkoch verkleidet gehabt, sei jedoch in Wirklichkeit Dolmetscher im sowjetischen Geheimdienst und habe früher an einer sowjetischen Universität als Lektor für Sinologie gearbeitet. Einer der beiden Chinesen namens Ho Hung-en (何鴻恩) sei der Hauptmittelsmann für Moskau. Er sei 1949 vor den Kommunisten von Shanghai nach Hong Kong geflüchtet und habe seit 1969 für die Sowjetunion spioniert. Bei der Verhaftung von diesen seien gleichzeitig zwei Geheimdokumente gefunden worden: ein ausführlicher Plan zur Anwerbung von Spionen für die Sowjetunion in Ostasien sowie eine Anweisung des Hauptquartiers in Moskau mit Aufgaben für den anderen chinesischen Kaufmann. Darin sei dieser aufgefordert worden als Kaufmann enge Beziehungen mit China zu pflegen, nach China zu reisen und dort Informationen für die Sowjetunion zu sammeln.

Nachdem die beiden Sowjets ausgewiesen und einer der Chinesen wieder auf freien Fuß gesetzt worden seien, habe die Hongkonger Regierung den Chinesen Ho Hung-en, die Hauptfigur in diesem internationalen Spionagefall, an die Sowjetunion ausgeliefert. Zunächst hätten die Sowjets versucht zu leugnen, daß Ho irgendetwas mit ihnen zu tun habe. Doch sei die Auslieferung schließlich am 14. November 1972 von den Sowjets akzeptiert worden, nachdem die Hongkonger Regierung Moskau mit der Veröffentlichung der Geständnisse Hos gedroht habe.

Im Zusammenhang mit diesem Ereignis erinnert sich der Verfasser des Artikels in "Die siebziger Jahre" noch an einen

schrecklichen Vorfall des Jahres 1963, bei dem 36 chinesische Kernphysiker ums Leben gekommen seien. Diese hätten sich seinerzeit in der Sowjetunion befunden und seien infolge der ideologischen Auseinandersetzungen zwischen Sowjets und Chinesen von den Sowjets interniert worden. Nachdem Peking dagegen scharf protestiert habe, sei Moskau nur bereit gewesen, die chinesischen Experten mit einem sowjetischen Flugzeug nach China zurückzubringen. Die sowjetische Maschine sei schließlich in der Mongolei unter mysteriösen Umständen abgestürzt. In China, aber auch im Westen, glaube man, daß dies ein "Mordanschlag" seitens Moskaus gewesen ist.

(22) Indonesien: Geheimgespräche mit Peking

Wie erst jetzt von Präsident Suharto nahestehenden Kreisen mitgeteilt wurde, war eine Geheimdelegation der indonesischen Regierung am 4. November 1972 über Tokyo und Hanoi in Peking angekommen. Die drei Mitglieder der Delegation führten u.a. Gespräche mit Chou En-lai. Obwohl über deren Inhalt nichts mitgeteilt wurde, kann angenommen werden, daß über die Möglichkeit, diplomatische Beziehungen aufzunehmen, gesprochen worden ist. Vermutungen, daß Suharto nach seiner Wiederwahl im März dieses Jahres die Beziehungen zu Peking normalisieren werde, gewinnen damit an Wahrscheinlichkeit (Nikkei 29.12.72).

(23) Japan: Nakasone - Chou besprechen chinesisch-japanische Beziehungen

Der japanische Minister für internationalen Handel und Industrie, Yasuhiro Nakasone, hielt sich mit einer Delegation vom 18.-20.1. in Peking auf (Rückkehr über Shanghai am 21.1.). Chou und Nakasone hatten mehrere Gespräche, über deren Inhalt Stillschweigen vereinbart wurde. Öffentliche Äußerungen Chou En-lais am 18.1. machen jedoch folgende chinesische Ansichten deutlich:

- China und Japan werden bei ihrer Entwicklungshilfe für afrikanische und Länder der südlichen Hemisphäre nicht in Konkurrenz geraten, da die chinesische Wirtschaftshilfe auf die Gebiete Landwirtschaft und Leichtindustrie konzentriert sei, während Japans Hilfe ihren Schwerpunkt in der Schwerindustrie habe.
- Chou En-lai lehnte die japanische Hilfe bei der Ausbeutung der Ölfelder auf dem chinesischen Kontinentalschelf ab.
- China wird in Kürze seine Antwort zu dem japanischen Vorschlag eines bilateralen zivilen Luftfahrtabkommens übergeben. Japanische Delegationsteilnehmer berichten, daß die Chinesen den Abschluß eines solchen Vertrages davon abhängig gemacht hätten, daß Japan seine Flüge nach Taiwan einstelle.

In Anwesenheit von Yoshihiro Inayama, jetzt auch Vorsitzender der 'Sino-japanischen Wirtschafts- und Handelsvereinigung', machte Nakasone dem chinesischen Vizeminister für Außenhandel, Li Chiang, den Vorschlag, China solle 1975 an der Internationalen Ozean-Ausstellung in Okinawa teilnehmen. Außerdem wurde vorgeschlagen, 1974 eine China-Ausstellung auf dem Gelände der Weltausstellung von 1970 in Osaka abzuhalten. Nakasone schlug ein Konsultativsystem zwischen den beiden Regierungen vor, den Abschluß eines Handelsabkommens und die Aufstellung eines langfristigen Programms für den bilateralen Handel. Nakasone teilte mit, daß Peking zugestimmt habe, den sino-japanischen Han-

del im wesentlichen über die Sino-Japanische Wirtschafts- und Handelsvereinigung zu lenken (SWB 20.1., 22.1.; JT 20.1., 22.1.).

(24) Japan: VRCh duldet Sicherheitsvertrag mit den USA

In einem Gespräch mit einer LDP-Delegation unter Takeo Kimura, die sich vom 13.-22.1. in der VRCh aufhielt, hat Chou En-lai am 18.1. zu verstehen gegeben, daß China gegenwärtig von Japan keineswegs die Aufhebung des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrages wünsche. Zumindest unter den derzeit gegebenen Umständen sei gegen den amerikanischen Atomabwehrschirm nichts einzuwenden. Momentan sei auch gar nicht daran zu denken, daß der amerikanische Abwehrschirm durch einen chinesischen ersetzt werde. Chou En-lai zeigte auch Verständnis für die militärische Selbstverteidigungspolitik Japans. Freilich müsse das japanische Volk (!) darüber entscheiden, ob es dem Vierten Aufrüstungsprogramm, das ja zu einer Renaissance des Militarismus führe, zustimmen wolle oder aber sich mit einem Programm in den Grenzen der Selbstverteidigung zufriedengebe (SWB 18.1.) (zum Vierten Aufrüstungsprogramm vgl. C.a.72/9 -16 ff. "Mitgift Japans: Militarismus und Neokolonialismus").

(25) Japan: Eröffnung der Botschaften

Mit der Ankunft des japanischen Charge d'Affaires für die Botschaft in Peking, Yuichi Hayashi, am 10.1. wurde die Botschaft in Peking eröffnet. Hayashi wurde am 11. Januar vom chinesischen Stellvertretenden Außenminister, Han Nien-lung, empfangen. Zum Botschafter in Peking wurde am 25.1. Heishiro Ogawa ernannt, der im März in Peking eintreffen soll. Ogawa war zuvor Generalkonsul in Hong Kong und Botschafter in Dänemark und ist augenblicklich Präsident des Ausbildungsinstituts des japanischen Außenministeriums (SWB 11., 12., 13.1.; vgl. C.a.72/12 - 18).

Die Eröffnung der chinesischen Botschaft in Tokyo - Geschäftsträger ist augenblicklich Chi Kuo-chun - ist durch das Fehlen eines geeigneten Gebäudes behindert. Die VRCh will nicht das Gebäude der früheren taiwanesischen Botschaft benutzen und erwartet ein geeignetes Grundstück von mindestens 10 000 qm Größe (SWB 22.1.). Eine chinesische Vorausabteilung unter dem Protokollchef Han Su ist am 22.1. in Tokyo eingetroffen, um die anstehenden Fragen zu besprechen (JT 23.1.).

Am 13.1. wurde die Besetzung der chinesischen Botschaft mit 8 Personen bekanntgegeben, darunter der Charge d'Affaires, Chi Kuo-chun. Chi ist Stellvertretender Direktor der Nationalen Wissenschaftskommission und technischer Berater des Chinesischen Rats zur Förderung des Internationalen Handels. Er graduierte an einer technischen Hochschule in Japan und hat Japan 1962 und 1964 besucht. Später war er Handelsrepräsentant in Österreich. Genannt wurden außerdem Li Meng-ching und Chou Pin, beide mit Japanerfahrung (SWB 16.1.).

(26) Japanische KP lehnt Einmischung der KPCh ab

Kenji Miyamoto, Vorsitzender der KPJ und damit der zweitstärksten Oppositionspartei im japanischen Parlament, erklärte sich in einem Interview mit NHK zum Verhältnis KPJ - VRCh: "Wir hatten Auseinandersetzungen mit der KPCh,

jedoch nur, weil wir Angriffe der KPCh abgewehrt haben. Obwohl China und Japan Beziehungen aufgenommen haben, blieb die grundlegende Haltung der Führer der KPCh gegenüber der KPJ unverändert. Wir glauben, daß die KPCh eines Tages bemerken wird, daß ihre Einmischung in die KPJ falsch ist. Dann werden die Beziehungen zwischen den beiden Parteien wiederaufgenommen werden."

Miyamoto übte keine Kritik an der chinesischen Politik gegenüber Japan oder an den Äußerungen der Chinesen zum Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrag. Dies deutet darauf hin, daß die KPJ weiterhin bemüht ist, eine neutrale Stellung zwischen der UdSSR und der VRCh einzuhalten (SWB 8., 9. 1.).

(27) Japan: Zunehmende Entfernung von der UdSSR ?

Nach der Anerkennung der VRCh durch Japan haben sich die sowjetisch-japanischen Beziehungen merklich abgekühlt. Die für Herbst 1972 vorgesehenen Verhandlungen um einen sowjetisch-japanischen Friedensvertrag wurden daher bislang nicht aufgenommen. Wie das japanische Verteidigungsamt nun meldet, haben im Januar die Erkundungsflüge sowjetischer Flugzeuge über Japan zugenommen. In Anbetracht der guten Beziehungen VRCh/Japan hat die UdSSR offensichtlich ein besonderes Interesse daran, über den Ausbau der japanischen Armee informiert zu bleiben. Möglicherweise soll von der verstärkten Luftaktivität über Japan auch ein leichter psychologischer Druck ausgehen (SWB 24.1.). Zugleich verstärken sich die Angriffe der sowjetischen Presse gegen den "wiederaufkommenden Militarismus" der Japaner. Damit zeichnet sich eine zusehends kritischere sowjetische Haltung gegenüber der Tanaka-Regierung ab, da sich Japan weiter vor allem zu China hin orientiert. Moskau scheint eine gewisse Isolierung im Viermächtespiel von der Seite Chinas, Japans und der USA zu befürchten (IHT 15.1.).

(28) Malaysia: Annäherung an VRCh gefährdet?

Die schwelende Konfliktsituation zwischen Malayen und Chinesen in Malaysia könnte dadurch neue Nahrung erhalten, daß sich Anfang Januar die bisher in Opposition zur Regierung stehende chauvinistische Islamic Party (PI) mit der regierenden Alliance Party zu einer Koalition zusammengeschlossen und damit die Opposition außerordentlich geschwächt hat. Unter den 144 Mitgliedern des Repräsentantenhauses sind jetzt nur noch 20 Oppositionsabgeordnete, verglichen mit rd. 50 nach den Wahlen von 1969 (Economist 6.1.).

Diese Entwicklung könnte die Chinesen, welche durch die scharfe Malaisierungspolitik und durch die Übermacht der Malaien in Regierung und Armee ohnehin in die Enge gedrängt sind, zur Bildung eines Sammelbeckens der chinesischen Kräfte veranlassen. Es existiert bereits eine Chinese Unity Movement, die sich aber nicht so richtig entfalten konnte, weil die Malaien ihr bisher entgegengehalten hatten, daß sie als rassistische Vereinigung nicht geduldet werden könne. Dieser Einwand ist nunmehr entfallen. Von einem Ausschuß der chinesischen Presse in Malaysia ist außerdem beschlossen worden, zukünftig nur noch die vereinfachte volkschinesische Schrift zu verwenden (JT 17.1.). Da diese Schriftform in Taiwan verboten ist, kommt ihre Übernahme einem politischen Bekenntnis zur VRCh gleich.

Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Kuala Lumpur und Peking, die sich seit 1970 mit einigem Erfolg (Austausch von Handelsdelegationen) angelassen hatte, wird durch solche Entwicklungen nicht gerade erleichtert.

(29) Pakistans Armeechef in der VRCh

Der Oberbefehlshaber der pakistanischen Armee, General Tikka Khan, stattete Mitte Januar der VRCh eine - wie es hieß - "Goodwill-Reise" ab. In Wirklichkeit dürfte es ihm jedoch darum gegangen sein, von China weitere Waffen für die inzwischen aufgestellten drei neuen Divisionen zu erhalten. Immerhin gilt es ja, den Personal- und Waffenbestand, der beim Dezemberkrieg in Bengalen verlorengegangen ist (immer noch befinden sich 60 000 Pakistanis in bengalischer Gefangenschaft!) zu ersetzen. Von welcher Seite aber sollte Pakistan Waffen erhalten? Moskau als enger Partner Indiens scheidet selbstverständlich aus. Auch Washington, das an dem im Herbst 1965 (Kashmir-Krieg) verhängten Waffenembargo festhält, ist für Waffenlieferungen nicht zu haben. Über eine eigene Rüstungsindustrie verfügt Pakistan nicht (die einzige größere Waffenfabrik, die China 1970 in Ghazipur gebaut hatte, ist heute in bengalischer Hand!). Da Pakistan außerdem seine mageren Devisenvorräte für andere Ausgaben benötigt, bleibt überhaupt keine weitere Möglichkeit als der Weg nach Peking. Ohnehin ist Peking, zumindest seit dem Dezemberkrieg (1971) zum größten Waffenlieferanten Pakistans geworden. Nach den wenigen in Islamabad erhältlichen Informationen soll es dem Land im ersten Halbjahr 1972 mindestens 60 Flugzeuge vom Typ MIG-16 sowie rd. 100 Panzer der Bauart T-54 und T-59 zur Verfügung gestellt haben (NZZ 20.1.). Daß es zu einem formellen Verteidigungsabkommen mit China kommen wird, ist unwahrscheinlich. Doch leistet China auch weiterhin indirekte Militärhilfe, indem es beispielsweise dazu beiträgt, daß in dem mit seinen Entwicklungsgeldern gebauten Schwermaschinenwerk in Taxila nunmehr auch Rüstungsgüter produziert werden.

Kein Wunder, daß Indien, das sich ja durch den gewonnenen Dezemberkrieg ein für allemal einen strategischen Vorrang auf dem Subkontinent gesichert zu haben glaubt, nunmehr erneut besorgt ist (zum indisch-pakistanischen Konflikt vgl. auch C.a.1972/2 - 7 ff., "Bhutto in China" und "Das Abkommen von Simla", C.a. 1972/7 - 26 ff.)

Bei einem Bankett betonte Chinas stellvertretender Generalstabschef Chang Ts'ai-ch'ien, die Länder des südasiatischen Subkontinents müßten ihre Probleme durch die Beseitigung einer Einmischung von außen und Beratungen auf gleichberechtigter Basis und faire Weise lösen (NCNA 12.1.). Gleichzeitig sind Einzelheiten über Chinas Wirtschaftshilfe an Pakistan bekanntgeworden. Mit Hilfe der Volksrepublik soll im Kohlebergbauggebiet der pakistanischen Provinz Baluchistan ein 50 MW Wärmekraftwerk errichtet werden. Ein Gruppe chinesischer Fachleute hatte bereits Ende November 1972 eine Durchführbarkeitsuntersuchung ausgearbeitet. Die Verwendung von Kohle zur Energieerzeugung soll die Produktionskosten merklich senken. Die Kapazität des Dampfkraftwerkes bei Quette soll verdoppelt werden, da der Mangel an elektrischen Energien die wirtschaftliche Entwicklung spürbar hemmt. Kleine Generatoren sollen installiert werden, um dem Energiebedarf der Farmer Rechnung tragen zu können. Ebenfalls mit

chinesischer Hilfe werden zwei Stahlwerke mittlerer Größe, die ihren eigenen Erzbedarf aus Pakistans eigenen Vorkommen decken sollen, errichtet. Nach Angaben des pakistanischen Ministers für Produktion können sie bereits in zwei oder drei Jahren erprobt werden. Über die Standorte ist bisher keine endgültige Entscheidung gefallen. Voruntersuchungen wurden in den nordwestlichen Grenzprovinzen Pünjab und Baluchistan durchgeführt. Eines der Stahlwerke wird eine Kapazität von 100.000 t, die auf das Doppelte erweiterungsfähig ist, erhalten (NFA. 16.1.73).

(30) Thailand - VRCh: Positive Aussichten

Wie der thailändische Ministerpräsident Thanom mitteilte, wolle man "mit China über die Terroristen in Thailand sprechen". Seit Thailand eine Tischtennismannschaft nach Peking und eine Handelsdelegation zur Messe nach Kuangchou entsandt hat, habe die VRCh ihre feindseligen Akte gegen das südostasiatische Land reduziert. Chinesische Führer hätten erklärt, sie würden alle Arten von Kontakten zu Thailand begrüßen. Möglicherweise werde demnächst eine Federballmannschaft in die VRCh eingeladen.

Thanom äußerte sich auch über die drei Gemeinschaften ASEAN, ASPAC und SEATO. Was die ASPAC (Asian and Pacific Council) anbelange, werde es möglicherweise zu einigen Änderungen ihrer Grundprinzipien kommen, nachdem Japan, Australien und Neuseeland China anerkannt hätten und Taiwan als Teil der VRCh betrachteten.

Auch die SEATO werde sich möglicherweise ändern; vor allem komme es darauf an, sie von der Rolle eines antikommunistischen Werkzeugs in ein Instrument der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsländern auf wirtschaftlichem, technischem und kulturellem Gebiet zu verwandeln.

Was die ASEAN anbelange, so werde Thailand so viele Länder wie möglich ermutigen, sich der Gemeinschaft anzuschließen (MD Asien, 4.1., S.9).

(31) Vietnam: Frau Binh in Peking; Stellungnahme zum Waffenstillstand

Die Leiterin der Vietcong-Delegation bei der Pariser Vietnam-Konferenz, Frau Binh, ist während ihres sechstägigen Aufenthaltes in Peking vom Parteivorsitzenden Mao Tse-tung empfangen worden. Sie führte auch Gespräche mit leitenden chinesischen Persönlichkeiten. In dem zwischen den Chinesen und Frau Binh ausgehandelten Protokoll vom 1. Jan. 1973 werden die USA zur Unterzeichnung des am 20.10.72 erzielten Abkommens aufgefordert. Wie sehr die Chinesen nach wie vor noch die Befürchtung hegen, Hanoi könne auch Kambodscha und Laos unter seine Fittiche nehmen, kommt in folgendem Satz zum Ausdruck: "Die beiden Seiten sind der festen Überzeugung, daß, welche Tricks der US-Imperialismus auch immer auszuspielen mag, Vietnam dem vietnamesischen Volk gehört, Laos dem laotischen Volk und Kambodscha dem Khmer-Volk".

(Näheres in diesem Sinne vgl. C.a. 72/11 - 21ff).
(NCNA 1.1.1973; zu beiden Banketts vgl. auch NCNA 29.12. und NCNA 30.12.1973).

Anläßlich der Waffenstillstandsvereinbarung in Vietnam hat das chinesische Außenministerium am 24. Januar eine kurze Erläuterung veröffentlicht, in der es heißt: "Wir begrüßen

die Unterzeichnung des Abkommens, das den Krieg beendet und den Frieden zwischen Vietnam und den USA wiederherstellt. Dies ist nicht nur im Interesse des vietnamesischen und des amerikanischen Volkes, sondern auch im Interesse der Entspannung in Ostasien und in ganz Asien". Hsinhua veröffentlichte außerdem eine kurze Meldung, die das Kommuniqué enthält, in dem der Waffenstillstand angekündigt wurde. Interessant ist vor allem die "Entspannungs"-Formel. China spielt dabei wohl auf die Liquidierung eines weiteren, seine eigene nationale Sicherheit bedrohenden Konfliktes an. Ferner sind sich aber auch China und die USA durch den Waffenstillstand wieder näher gekommen. Der Aufnahme diplomatischer Beziehungen standen bis vor kurzem zwei entscheidende Hindernisse entgegen: der Vietnam-Krieg und die Taiwan-Frage. Das erste dieser beiden Hindernisse ist beseitigt. Nur das Formosa-Problem besteht noch fort.

Bis zu den schweren Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion, vor allem in den Jahren 1968/69, hatte die VRCh stets darauf bestanden, daß Vietnam nicht an Verhandlungen denke, sondern einen lange hingezogenen Volkskrieg gegen den US-Imperialismus führen sollte. Angesichts der militärischen Drohungen Moskaus sahen die Führer in Peking jedoch schließlich ein, daß sie sich eine fortdauernde Feindschaft mit Washington nicht leisten konnten. Gerade diese Feindschaft aber wäre perpetuiert worden, wenn die Vereinigten Staaten ihren Bombenkrieg und die Vietnamesen ihren lange hingezogenen Volkskrieg beibehalten hätten. Es gibt sogar Anzeichen, daß die Chinesen eine weitere, wenn auch eingeschränkte, militärische Präsenz der Amerikaner in Asien dulden (vgl. dazu C.a. 72/10 - Ü8 und besonders C.a. 72/12 - Ü10)

AUSTRALIEN

(32) Australischer Journalist freigelassen

Nach 3 Jahren Aufenthalt in einem chinesischen Gefängnis ist der australische Journalist Francis James von VRCh-Behörden freigelassen worden und über Hongkong nach Australien zurückgekehrt. Im Anschluß an eine China-Reise hatte der 54-jährige Journalist und Herausgeber der Kirchenzeitung "The Anglican" seinerzeit eine Artikelserie in "The Sunday Times" publiziert, worin er über seinen Besuch in einem der geheimsten chinesischen Militär- und Industriezentren in der Nähe der nördlichen Grenze zur Sowjetunion (Versuchsgelände Lopnor, Sinkiang) berichtete. Sofort hatte das chinesische Außenministerium James' Reisebericht als eine "komplette Fälschung" zurückgewiesen (The Times, 16./17.1., IHT 16., 17.1.72). Auf einem sich kurz darauf im November 1969 anschließenden zweiten China-Aufenthalt war James dann wegen Spionage verhaftet worden. Er soll angeblich in der Nähe eines der chinesischen Nuklearzentren fotografiert haben. Die Freilassung des Journalisten, die auf persönliche Intervention des australischen Ministerpräsidenten Whitlam zustande gekommen ist, wird als freundliche Geste gegenüber der neuen Regierung in Australien gewertet, die eine rasche Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern herbeigeführt hat. James berichtete nach seiner Freilassung über Folterungen in chinesischen Gefängnissen.

AUSSENPOLITIK - TAIWAN

(33) Taiwan: Burgfrieden?

Es ist bemerkenswert, daß seit dem Besuch Nixons die Zwischenfälle zwischen Taiwan und der VRCh gegenüber früher abgenommen haben. Schon lange bestand das Gerücht, daß beide Seiten miteinander in Hongkong verhandelten. Solche Kontakte sind durchaus nicht unwahrscheinlich, wenn man bedenkt, daß es hien wie drüben immer noch zahlreiche Personen mit Verwandtschaftsbeziehungen, mit gemeinsamer Schulvergangenheit, mit gemeinsamer militärischer Ausbildung usw. gibt, und daß solche Kontakte gerade für die so sehr in Primärgruppenbeziehungen denkenden Chinesen ideale Ansatzpunkte bilden. Obgleich die Volksrepublik in prinzipiellen Fragen ihren Standpunkt gegenüber Taiwan nicht im geringsten abgeändert hat, liegen bisher keine Proteste der chinesischen Seite gegen die weitgehende amerikanische Hilfe für Taipei vor. Laut einem Bericht in der Hongkonger Zeitschrift "Ch'i-shih nien-tai" (Dez. 1972) soll Chou En-lai bei einem Empfang für eine Gruppe Chinesen aus den USA seine Überzeugung von der Befreiung der Landsleute in Taiwan nachdrücklich betont haben. Wörtlich sagte er: "Falls ich es nicht sehen kann, Sie können es bestimmt noch sehen".

Die Sunday Times (nach Le Monde, 8.1.73) hält die Situation in der Taiwan-Straße für einen "inoffiziellen Waffenstillstand". Die Nationalisten sähen neuerdings davon ab, das Festland zu überfliegen und sendeten keine Kommandounternehmen mehr auf das Festland. Auf der anderen Seite vermeide es die kommunistische Luftwaffe, sich Taiwan allzu sehr zu nähern.

(34) Taiwan: Keine Bereitschaft zu Verhandlungen mit Peking

In einem Interview mit dem Amerikaner Robert Page, dem Geschäftsführer der UPI für Asien, hat der Ministerpräsident der nationalchinesischen Regierung, Chiang Ching-kuo (Chiang Kai-sheks Sohn), die Möglichkeit von Verhandlungen mit Peking ausgeschlossen. Auf die Frage des amerikanischen Journalisten teilte der Ministerpräsident erstmals offiziell mit, daß sein Vater im letzten Jahr krank gewesen sei. Der 85-jährige Marschall habe sich zunächst erkältet gehabt, und daraus habe sich dann eine Lungenentzündung entwickelt. Inzwischen sei er wieder gesund und befinde sich auf Erholung (Chung-yang jih-pao, 23.2.73).

Auf der ersten Sitzung der Regierung im Jahre 1973 am 4. Januar erklärte der Ministerpräsident, Taiwan werde 1973 an allen Fronten eine Offensive gegen die Außenpolitik der VRCh starten. Chiang forderte ferner von der Regierung, daß sie die Einrichtungen der Volksrepublik studieren solle, um "den Feind besser zu kennen" (NZZ 10.1.). Die Erklärung Chiangs, daß man die Festlandsverhältnisse besser kennenlernen sollte, war wohl nicht so sehr an die Regierung als vielmehr an weitere Kreise des In- und Auslandes gerichtet. Schon seit Jahren betreibt ja Taiwan mehrere Institute zum speziellen Studium der Festlandsverhältnisse, unter denen das "Institut für Internationale Beziehungen" das bekannteste ist. Dieses Institut veröffentlicht unter anderem ein auf Chinesisch geschriebenes Jahrbuch mit dem Titel "Chung-kung nien-pao" (Jahrbuch über den chinesischen Kommunismus).

Wie die Regierung in Taipei bekanntgab, führt sie gegen Peking auch weiterhin einen diplomatischen Krieg, der an vielen Fronten erfolgreich geblieben sei. Trotz ihres Austritts aus der UNO habe die Republik China bis Ende 1972 immer noch 18 internationalen Organisationen auf Regierungsebene angehört, darunter vier Unterorganisationen der UNO (Weltbank, Internationaler Währungsfonds, Internationaler Entwicklungsverband, Internationale Finanzierungsgesellschaft). Außerdem habe sich das "freie China" an der Arbeit von über 200 internationalen Zivilorganisationen in der ganzen Welt beteiligt. Die Republik China habe 1972 insgesamt an 92 internationalen Kulturaustausch-Programmen teilgenommen. Auch habe Taipei 1972 insgesamt 20 bilaterale Verträge unterzeichnet. Im gleichen Jahr habe die chinesische Regierung über 100 internationale Würdenträger, darunter den Präsidenten von Gambia, empfangen. Regierungsbeamte hätten zahlreiche Goodwill-Besuche im Ausland zu verzeichnen, u.a. in Südvietnam, Liberia, Thailand, den Philippinen, Südkorea und den USA. 1972 habe man auch mit zwei Staaten diplomatische Beziehungen aufgenommen, nämlich zu Tonga und West-Samoa. Auch zur Eröffnung einer Reihe von Konsulaten im Ausland, u.a. auch in den USA und in Columbien, Panama und Südafrika, sei es gekommen (C.I.S. in MD Asien, 24.1., S.5 f.).

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(35) UNO-Seerechtskonferenz

China begrüßt prinzipiell eine internationale Seerechtskonferenz für 1974 und setzt sich dafür ein, daß der Meeresbodenausschuß einen Vorbereitungsbericht vorlegen soll.

Bereits 1972 haben zwei Tagungen dieses Ausschusses stattgefunden, auf denen Fragen einer internationalen Seerechtsordnung und des Umweltschutzes im Bereich der Meere zur Sprache kamen. China setzte sich dabei dafür ein, daß die lateinamerikanischen Länder ihre Territorialgewässer auf 200 sm ausdehnen sollten.

(36) UNO-Sprachenpolitik

Die dreizehn chinesischen Dolmetscher bei der UNO reichen nicht aus. Taiwan hatte sich vorher hauptsächlich der englischen Sprache bedient; die Volksrepublik dagegen verfolgt eine Sprachpolitik der Gleichberechtigung. Chinesisch ist offizielle Sprache wie Englisch, Russisch, Französisch und Spanisch. Der große Bedarf an China-Dolmetschern soll durch die gegenwärtig angelaufene Ausbildung von 10 zusätzlichen Übersetzern gedeckt werden. Im übrigen sucht die UNO nach weiteren Anwärtern für Simultan-Dolmetschen (CSM 18.1.).

(37) Beitritt zur Asiatischen Rundfunk-Union

China hat am 10.1. seine Bereitschaft erklärt, der Asiatischen Rundfunk-Union beizutreten. Das besagte ein Telegramm des Generaldirektors des Rundfunkamtes der chinesischen Regierung. Die im Jahre 1964 gegründete Rundfunk-Union umfaßt z.Zt. 22 Anstalten aus ebenso vielen asiatischen Ländern. Auf einer Tagung des Rundfunkrates im Mai letzten Jahres war informell beschlossen worden, Taiwan müsse mit

dem Beitritt Chinas seine Mitgliedschaft in der Asiatischen Rundfunk-Union aufgeben, denn die Charta der Union läßt nur eine Rundfunkorganisation für jedes asiatische Land als Mitglied zu (JT 12.1.).

AUSLÄNDER IN DER VRCK

(38) Kürzung des Protokolls

Neue, vereinfachte Protokollregeln, an denen die Chinesen bereits seit Juli 1972 experimentiert haben, sind nun definitiv vom chinesischen Außenministerium beschlossen und den einzelnen Botschaften in Form eines Rundschreibens bekanntgemacht worden. Vor allem brauchen die einzelnen Botschafter nun nicht mehr, wie dies noch vor wenigen Monaten üblich war, geschlossen beim Eintreffen eines ausländischen höheren Gastes am Peking Flughafen zu erscheinen. Einige Repräsentanten hatten bereits über die ständigen Pflichtdefilees am Flughafen sowie über die Unzahl sich anschließender mehrgängiger Gelage geklagt.

Diese Protokolländerung erfolgt angesichts der immer höher ansteigenden Flut von Besuchen aus dem Ausland. Ein Botschafter braucht künftig nur noch Besuche aus seinem eigenen Land am Flughafen in Empfang zu nehmen (Times, 2.1.).

INNENPOLITIK

(39) Wiederaufbau der Massenorganisationen

Welche Massenorganisationen in nächster Zeit wiederaufgebaut (oder konsolidiert) werden sollen, geht aus dem offiziellen Neujahrsartikel (JMJP, Armeezeitung und HCh) vom 1. Januar hervor. Dort heißt es: "Die Gewerkschaften, der Kommunistische Jugendverband, die Roten Garden, die Kleinen Roten Soldaten, die Organisationen von ehemaligen armen Bauern und unteren Mittelbauern und die Frauenorganisationen sollen Schritt für Schritt konsolidiert werden (und zwar) auf dem Prinzip der Dreierverbindung von alten, mittleren und jungen Kadern in den Führungsorganen"

(40) Stellung der Armee

Zum offiziellen Stellenwert der Armee gibt der Neujahrsartikel eine interessante Darstellung: In der JMJP vom 14. 8.1966 war die Formulierung zum Thema "Modelle": "Die Industrie hat von den Taching-Erdölfeldern, die Landwirtschaft von der Tachai-Produktionsbrigade und das ganze Land von der Volksbefreiungsarmee zu lernen". Im Neujahrsartikel 1973 heißt es: "Die Landwirtschaft lernt von Tachai, die Industrie von Taching". Wenige Zeilen weiter steht der Satz: "Die Volksbefreiungsarmee muß ein strenges Training auf sich nehmen, strenge Forderungen an sich selbst stellen und sich bemühen, das Niveau in Politik und militärischer Technik zu heben."

(41) Gegen den Geniekult Lin Piao

Das alte und doch ewig neue Problem, ob Revolutionen von den Massen oder von der Partei gemacht werden, wird von Tien Chi-sung (PRu 1972, Nr. 29, S. 8-13) unter dem Gesichtspunkt behandelt, ob die Geschichte von "Helden

oder von Sklaven" gemacht wird. Was sind überhaupt Helden? Es gibt keine über den Klassen stehenden "Helden". Vielmehr hat jede Klasse ihren eigenen, klassenspezifischen Heroen. Nach Ansicht der Bourgeoisie, die eine "idealistische Geschichtsauffassung" vertritt, sind es "Genies durch natürliche Begabung", Vertreter von "Gottes Willen" oder sonstige "Retter", die als Helden angesehen werden. Nach der Auffassung des Proletariats dagegen sind Helden hervorragende Gestalten, die nur aus den revolutionären Kämpfen des Volkes hervorgehen können. Helden des Proletariats sind Urheber revolutionärer Ideen oder deren Verbreiter. Sie sind auch Organisatoren von revolutionären Kämpfen, die es besonders verstehen, die Weisheit der Massen zu konzentrieren. Sie können aber nur das Tempo des revolutionären Prozesses, niemals aber die Richtung des historischen Fortganges, verändern. Die Richtung wird allein durch den objektiven Prozeß der Entwicklung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen bestimmt. Von allen Produktionsinstrumenten aber ist die größte Produktivkraft die revolutionäre Klasse selbst. Das Volk, und nur das Volk, ist also die Triebkraft, die die Weltgeschichte macht.

Liu Shao-ch'i vertrat den Trugschluß, daß Helden und Sklaven *g e m e i n s a m* die Geschichte machen. Dies ist jedoch eine idealistische Sophisterei in dem vergeblichen Versuch, zwei Klassen, nämlich die revolutionäre und die reaktionäre Klasse in eins zu verschmelzen. Entweder man anerkennt, daß Helden die Geschichte machen, dann tritt man eine "idealistische Geschichtsauffassung", oder aber man gesteht diese Mission den "Sklaven" zu. Nur die zweite Alternative entspricht der "materialistischen Geschichtsauffassung".

Sicherlich gibt es Trittbrettfahrer der Revolution, die so lange als proletarische Helden anerkannt werden können, als sie mit den Massen verschmolzen sind. Robespierre und die Jakobiner waren beispielsweise zu Beginn der französischen Revolution noch wahre Vertreter der Volksmassen. Letzten Endes aber erwiesen sie sich dann doch als bürgerliche Revolutionäre, als sie begannen, die Interessen der Massen zu ignorieren und sie sogar zu unterdrücken. Nun verloren sie den Kontakt mit den Massen und gingen unter.

Zwingt nun die Erkenntnis, daß die Massen Haupttriebkraft der Weltgeschichte sind, zu der Schlußfolgerung, daß jede Massenbewegung in sich bereits vernünftig sei? Diese "Spontanitätstheorie" verkennt, daß jeglicher Massenkampf ohne richtige Führung und ohne richtige Linie notwendigerweise fehlschlagen muß. Bei der Gestaltung der Geschichte, die auf eine Vernichtung aller Ausbeuterklassen abzielt, geht es darum, aus dem Reich der Notwendigkeit, in dem der Mensch ein blindes Objekt der Geschichte ist, in das Reich der Freiheit einzutreten, in dem der Mensch bewußt die Geschichte gestaltet. Der richtige Weg zu diesem Ziel kann nur durch die Partei, den Vortrupp des Proletariats, aufgezeigt werden. Die Partei freilich darf wiederum nicht anstelle der Massen denken, sondern muß sich ständig in die Massen hineinversetzen und ihren Willen in konkrete Befehle umsetzen. "Helden" (sprich: Vertreter der Partei) weisen den Massen, der eigentlichen geschichtlichen Triebkraft also, über das Instrument der "Massenlinie" den richtigen Weg in den Kommunismus.